

Harald Heinrichs

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle der Kernenergie ist aufgrund ihrer zeitlichen Reichweite sowie der damit verknüpften enormen sozialen und sachlichen Komplexität kaum vergleichbar mit anderen gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen. Der notwendige gesellschaftliche „Endlagerkonsens“, als gemeinsam gestalteter Einstieg in ein nachhaltiges atomares Abfallmanagement, ist aufgrund des tausende Generationen umfassenden Entscheidungshorizonts unvergleichlich anspruchsvoller als andere Konsense, wie beispielsweise zum Atomausstieg, zu einem Bahnhofsneubau oder einer Konfliktlösung bei einer Flughafenerweiterung. Nach dem Scheitern des Versuchs eine technokratisch-interessengeleitete „Problemlösung“ in einem demokratischen Gesellschaftssystem durchzusetzen, wird daher mit dem Beschluss der Bundesregierung eine ergebnisoffene Endlagersuche in Deutschland zu beginnen, technisch-naturwissenschaftlich, politisch-administrativ und gesellschaftspolitisch-partizipativ Neuland betreten. Dies bedeutet, dass es keine einfachen „Lösungen“ gibt und auch nicht geben kann. Dies gilt insbesondere auch für Ansätze der Partizipationsforschung und –praxis. Das erhebliche Wissen über Bürgerbeteiligung und Instrumente zur Partizipation, das in den vergangenen vier Jahrzehnten (inter-)national in der Politik-, Sozial-, Risiko- und Nachhaltigkeitswissenschaft erarbeitet wurde, bietet eine nützliche Basis, Blaupausen wird es aber nicht liefern.

Nicht der Problemtiefe angemessene Partizipationsversuche, wie z.B. der Gorleben-Dialog des Bundesumweltministers, sind nicht nur unwirksam und ethisch fragwürdig, sie sind kontraproduktiv. Die Grundideen von Bürgerbeteiligung, wie wechselseitiges Lernen durch Informationsaustausch zwischen unterschiedlichen Akteurguppen (Experten, Politikern, Repräsentanten der Administration, Interessenvertretern von Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Gruppen, lokal Betroffenen und nicht-unmittelbar betroffenen Bürgern), die Erarbeitung einer geteilten Problemwahrnehmung durch den Abgleich von Wissensansprüchen, die Reflexion über wert- und interessenbedingte Interpretationsunterschiede, die Anerkennung von sozial-emotionalen Aspekten und das Bemühen um eine faire, klar strukturierte und transparente Entscheidungsfindung, die zu sorgfältig abgewogenen Urteilen und Entscheidungen führt, werden durch unterkomplexe Partizipationsansätze unterminiert. Bürgerbeteiligung, zumindest in ihrer einfach gedachten Form als „Gespräch mit der (lokalen) Bevölkerung“, wird nicht zur Problemlösung beitragen. Auch die Nutzung gängiger, informeller, Beteiligungsverfahren wie Mediationsverfahren oder Zukunftswerkstätten werden nicht das Allheilmittel sein. Und die formalen Ansätze der Öffentlichkeitsbeteiligung haben ihre Grenzen bereits bei Bahnhofsneubauten gezeigt.

Notwendig erscheint vielmehr, beispielsweise im Gesetz zur Endlagersuche, die systematische Institutionalisierung von substanziellen, differenzierten Partizipationsmöglichkeiten. Es geht um die Verankerung von klar definierten Beteiligungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Phasen. Dazu könnte auch die grundlegende Ausgestaltung der Verfahrensschritte der Endlagersuche für die gesellschaftliche Deliberation geöffnet werden. Eine Trennung in wissenschaftlich-analytischer Vorphase und gesellschaftlicher Optionen-Bewertung unter Bürgerbeteiligung sollte aufgrund der inhärenten wissenschaftlichen Unsicherheit und der normativen Aspekte, die auch in wissenschaftlichen Beratungsergebnissen liegen, vermieden werden. Die Frage, ob am Ende eines systematischen, klar strukturierten analytisch-deliberativen Prozesses ein Volksentscheid stehen soll oder die Letztentscheidung in den partizipativ erweiterten repräsentativ-demokratischen Strukturen zu treffen ist, ist sorgfältig abzuwägen.

Die letztendlich gewählte Form der Bürgerbeteiligung wird je nach Ausprägung den breiteren gesellschaftlichen Diskurs und den Entscheidungsprozess über die Endlagersuche beeinflussen und gleichzeitig von diesen beeinflusst. Jenseits formalisierter Beteiligungsangebote und –strukturen an die „Bürger“ wird der politisch-kulturelle Umgang mit der Endlagersuche durch die „professionellen“

Akteure (Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft) geprägt werden. Hier gilt es jeweilige Verantwortlichkeiten zu reflektieren, Kooperationspotentiale auszuloten und Selbst- und Fremdbilder ggf. neu zu justieren. Atomwirtschaft und –behörden stehen hier unter besonderem Reflektions- und Erneuerungsdruck. Ohne eine proaktive Verantwortungsübernahme und Beteiligung an der Endlagersuche durch die bisherigen „Gewinner“ der Kernenergie wird das notwendig Maß an Glaubwürdigkeit, Vertrauen und schließlich lokaler Bereitschaft zur Übernahme der Gemeinwohlaufgabe kaum zu erreichen sein. Ebenso wie die Energiewende - bei angemessener Ausgestaltung - eine identitätsstiftende, integrierende Wirkung haben könnte für einen Aufbruch in eine nachhaltige Gesellschaft - vergleichbar dem Wiederaufbau in den 50er Jahren -, so könnte auch die Endlagersuche zu einem Positivbeispiel für nachhaltigkeitspolitische Zukunftsgestaltung werden. Und der Schwarze Peter kann, wenn schon nicht zum Held, den es in diesem Themenfeld wohl nicht geben kann, zum wahrgenommenen, ernstgenommenen und verantwortlichen Akteur einer bürgergesellschaftlichen Demokratie werden.